Postfach 160 121 56043 Koblenz



75 Jahre Vertreibung - die Nakba

Am 14.05.1948, vor 75 Jahren, wurde der Staat Israel auf den Ruinen unserer Heimat gegründet. Die Besetzung und Zerstörung von mehr als 500 palästinensischen Städten und Dörfer führte zur Vertreibung von 750.000 Palästinensern. Das waren mehr als 75% der dort lebenden arabischen Bevölkerung. Für uns war es die Katastrophe (arab.: Nakba). Und sie dauert an - bis heute, auch jetzt aktuell. Auch israelische Historiker wie Ilan Pappe sprechen von ethnischer Säuberung.

1967 kam es zum 2. Schlag gegen die palästinensische Zivilbevölkerung: nach dem Krieg von 1967 besetzte die israelische Armee das Westjordanland und den Gaza-Streifen. Es begann der bis heute anhaltende Zustand der militärischen Besatzung gegen die gesamte Bevölkerung (UN-Begriff: OPT, Occupied Palestinian Territory) und die Fortsetzung der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung. Aus 11.000 zionistischen Siedlern im Westjordanland im Jahre 1972 wurden bis 2023 mehr als 700.000 Siedler. Und wir Palästinenser verlieren unsere Häuser, unser Land und unsere ökonomische Existenz.

Aktuell sind zahlreiche palästinensische Häuser in den Ost-Jerusalem von Räumungen und Abriss bedroht, um Platz für israelische Siedler zu machen. Eine großflächige Enteignung und Vertreibung findet derzeit südlich Hebron (Gebiet Masafer Yatta) statt. Ca. 1.100 Palästinenser, davon die die Hälfte Kinder, müssen einem Truppenübungsplatz weichen. Die jetzigen Bewohner werden obdachlos. Zahlreiche Häuser, darunter eine mit EU-Mitteln gebaute Schule wurden bereits abgerissen.

"Die Besatzung fügte der besetzten Bevölkerung schreckliches Leid zu: Landkonfiszierung, Einschränkung der Bewegungsfreiheit, Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren, Folter, "gezielte Ermordung" von Führern, wahllose Tötung von Zivilisten und Zerstörung von Häusern. Aber die Besatzung hat auch weitreichende Folgen für den Besatzer, insbesondere durch die Aushöhlung der Grundlagen der israelischen Demokratie.", so der britisch-israelische Historiker und emeritierte Professor für internationale Beziehungen, Avi Shlaim.



Die Grafik zeigt die Entwicklung Palästinas von 1947 bis heute.

Diese Gewalt der Vertreibung ist die Ursache für die jüngste Eskalation der Gewalt in Palästina/Israel.

Leben in Palästina

2 Momentaufnahmen

Aus Ramallah/Westjordanland berichtet die UN-Organisation UN-OCHA aktuell: "Am Montag, den 22. Mai, hat die palästinensische Hirtengemeinschaft von Ein Samiya (Ramallah) ihre Häuser verlassen, wobei sie die Gewalt der Siedler als Hauptgrund angaben. Bis zu dieser Woche lebten in Ein Samiya 178 Menschen, darunter 78 Kinder." Aus Gaza meldet das Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen (OHCHR) über Israels Angriff gegen Gaza vom 9.5.2023 bis zum Waffenstillstand am 13. Mai 2023: es werden 33 palästinensische Todesopfer bestätigt. Von den Opfern waren mindestens 12 Zivilisten, davon vier Mädchen, zwei Jungen, vier Frauen und zwei Männer. Nach Angaben des

Gesundheitsministeriums in Gaza wurden 190 Palästinenser verletzt, darunter 64 Kinder und 38 Frauen. In Israel wurden eine israelische Frau und ein palästinensischer Arbeiter aus dem Gazastreifen getötet, und israelische medizinische Quellen meldeten mindestens 40 Verletzte. (Information: https://www.ochaopt.org/content/flash-update-5-15-may-2023)

Eine Zusammenfassung der Lage

Die Menschen im Gaza-Streifen nähern sich dem Exodus. Bereits 2017 beurteilte ein UN-Bericht den Gaza-Streifen als unbewohnbar (Spiegel.de 11.7.2017): es fehlt an Nahrung, medizinischer Versorgung, sauberem Wasser, schlicht an allem. Es stellt sich die Frage, wie lange sich 2 Mio. Menschen noch auf 364 qkm einsperren lassen - von denen, die ihr Land gestohlen haben.

Die Zahlen nach UN-Organisation OCHA (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, https://www.ochaopt.org/poc/2-15-may-2023 / Stand 15.5.2023 spiegeln den Alltag der Menschen in Palästina. In deutschen Medien werden Sie davon wenig lesen, hören oder sehen. Diese Ereignisse sind nicht zufällig. Sie haben ein eindeutiges Ziel: unsere Vertreibung.

| Ereignis | Datenstand | 2023 | 2022 | 2021 | 2020 |
|---|----------------|-------|-------|--------|--------|
| Getötete Palästinenser*innen | 15.5.2023 | 149 | 181 | 341 | 30 |
| Verletzte Palästinenser*innen | 15.5.2023 | 4.099 | 9.873 | 19.000 | 2.5912 |
| Getötete Israelis | 15.5.2023 | 18 | 25 | 17 | 3 |
| Verletzte Israelis | OPt und Israel | 105 | 263 | 897 | 105 |
| Zerstörte palästinensische Häuser | 15.5.2023 | 323 | 923 | 902 | 857 |
| Vertriebene Palästinenser*innen | 15.5.2023 | 434 | 1.031 | 1.209 | 1.004 |
| Angriffe israelischer Siedler | 15.5.2023 | 385 | 849 | 496 | 358 |
| Hausdurchsuchungen + Verhaftungen durch israelisches Militär | 15.5.2023 | 1.405 | 3.437 | 3451 | 3.636 |
| Militärisches Eindringen nach Gaza | 15.5.2023 | 18 | 37 | 50 | 68 |

Amnesty International: "Im Februar 2022 veröffentlichte Amnesty International einen 280-seitigen Bericht darüber, wie israelische Regierungen ein institutionalisiertes System der Unterdrückung und Beherrschung von Palästinenser*innen geschaffen haben, indem sie deren Rechte einschränken, palästinensische Bürger*innen Israels und Bewohner*innen der besetzten palästinensischen Gebiete trennen und ausgrenzen, und palästinensischen Flüchtlingen das Recht auf Rückkehr verweigern. Die massive Beschlagnahmung von palästinensischem Land und Eigentum, rechtswidrige Tötungen, die Zufügung schwerer Verletzungen, Zwangsumsiedlungen, willkürliche Beschränkungen der Bewegungsfreiheit, die Verweigerung der Nationalität für Palästinenser*innen sowie andere unmenschliche Handlungen sind Bestandteile eines Systems, das nach internationalem Recht Apartheid darstellt. Israelische Staatsbedienstete könnten daher für ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich sein, das in die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs fällt."

(Originalzitat, https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/israel-und-besetzte-gebiete-2022#section-23582463)

Der *UN-Menschenrechtsrat* über die besetzten palästinensischen Gebiete (einschließlich Ost-Jerusalem) und Israel kam im Oktober 2022 zu dem Schluss, dass die Besetzung der palästinensischen Gebiete aufgrund ihrer Dauerhaftigkeit und der gesetzlichen wie faktischen Annexion palästinensischen Landes rechtswidrig sei. Dazu zählten im Jahr 2022 Maßnahmen wie die rückwirkende Genehmigung von Siedlungsaußenposten, u. a. durch den Obersten Gerichtshof Israels.

Wir fordern und verlangen entsprechend internationalem Recht von der Europäischen Union und auch von Deutschland, sich unseren Forderungen anzuschließen:

- Gleiche Rechte für jüdische und palästinensische Israelis in Israel!
- Das Ende der Besatzung im Westjordanland und der Belagerung des Gazastreifens!
- Das Ende des Landraubs und der israelische Siedlungstätigkeit auf palästinensischem Land incl. Enteignungen, Häuserabrissen, Zerstörung der Felder und Olivenhaine!
- Die Freilassung der palästinensischen, politischen Gefangenen!
- Das Recht auf Rückkehr in ihr eigenes Land, gemäß der UN-Resolution 194!
- Das Recht auf Gründung seines unabhängigen palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt als Basis für das Recht auf Selbstbestimmung!